

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN · MESSEN
WOCHENBEILAGE ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

NR.

8 BERLIN
29. FEBRUAR 1928

HERAUSGEBER: REGIERUNGS-BAUMEISTER FRITZ EISELEN · · ·

ALLE RECHTE VORBEHALTEN / FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

TECHNIK UND POLITIK

Mit Recht wird seitens der Vertreter der Technik darüber geklagt, daß diese nicht ihrer heutigen Bedeutung für das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes entsprechend gewürdigt werde, daß technischer Einfluß und technische Denkweise zum Schaden unserer ganzen Entwicklung viel zu sehr zurückträten. Entgegengehalten wird den Technikern mit gewissem Recht, daß sie daran mindestens einen Teil der Schuld selbst trügen, da sie, befangen in ihren Sonderaufgaben, zu wenig um das Allgemeine, um die Politik sich kümmerten. Nach dem Umsturz ist zwar ein kräftiger Anlauf nach dieser Richtung genommen worden, die Techniker haben sich fester organisiert, haben eine mehr auf das Allgemeine gerichtete Vorbildung verlangt und zum Teil auch durchgesetzt; im übrigen hat sich an ihrer Stellung in der Verwaltung nicht allzuviel geändert, und noch immer findet man in den Parlamenten nur ganz vereinzelt Techniker.

Aus jüngster Zeit sind nun erneute Versuche zu verzeichnen, um die Technik in höherem Maße zur Geltung zu bringen, die Öffentlichkeit und namentlich auch die Parlamentarier auf ihre Bedeutung hinzuweisen, in nähere Fühlung mit letzteren zu treten. Es haben im Ingenieurhaus in Berlin zwei parlamentarische Abende stattgefunden, in denen unter Beisein breiterer Kreise und von Parlamentariern das Problem der Stellung der Technik in unserem Staatsleben von verschiedenen Gesichtspunkten aus erörtert worden ist. Wir geben dazu nachstehend einen kurzen Bericht:

Parlamentarischer Abend des Reichsbundes Deutscher Technik. Wir stellen diesen Abend, der am 16. Februar dieses Jahres stattfand, voran, weil er ausschließlich von technischen Kreisen veranstaltet worden ist und das Thema vom allgemeinen Standpunkt aus behandelte. Über die Ziele und Bedeutung des R.D.T. brauchen wir uns an dieser Stelle nicht besonders zu äußern. Sie wurden denen, die der Frage ferner gegenüberstehen, in klarer Weise durch die einleitenden Worte des Vorsitzenden, Prof. Gerstenberg, Braunschweig, sowie durch eine Reihe von Lichtbildern, die die Organisation des R.D.T. darstellten, vor Augen geführt. Mit besonderem Nachdruck wurde vom Redner auch gleich hervorgehoben, daß es sich nicht um Sonderwünsche für eine Verbesserung der Stellung der Techniker handele, sondern um eine für das Gesamtwohl nötige andere Einstellung und Denkweise.

In ausgezeichnete, in knappster Form das Wichtige heraushebender Weise sprach dann Dipl.-Ing. zur Nedden, Berlin, über den „Einfluß der technischen Entwicklung auf Außen- und Innenpolitik“. Mit einigen wenigen, aber schlagenden Zahlen wies Redner zunächst die Bedeutung der Technik für unser ganzes Leben nach, die für die 62 Mill. Einwohner auf engem Raum erst die Lebensmöglichkeiten bereitet, ihnen 82 Mill. PS, d.h. 1½ PS auf den Kopf, für die verschiedensten Arbeiten zur Verfügung stellt, ihnen Arbeits-, Verkehrs- und Wohnmöglichkeiten schafft, mit Hilfe der Chemie durch Beeinflussung der Stoffe und der biologischen Vorgänge die Produktivität des Landes vervielfacht, kurz dem Ziel zustrebt, aus der Einheit des Bodens und der einheimischen Rohstoffe ein Höchstmaß von Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeiten herauszuholen.

Alle neueren und neuesten Probleme, die uns augenblicklich bewegen und auf dieses Ziel gerichtet sind, wurden kurz gestreift und mit treffenden Worten

gekennzeichnet, so das Problem einer vereinheitlichten Energiewirtschaft, deren Bedeutung man erkennt, wenn festgestellt wird, daß für Kohle, Öl, Gas und Strom das deutsche Volk jetzt 5 Milliarden M. jährlich verausgabt, ein Betrag, der nicht weit hinter dem zurückbleibt, was das Deutsche Reich für seine inneren Aufgaben jährlich verausgabt. Wie aber hat sich die Politik, die Redner als die Kunst des Gleichgewichtes in der menschlichen Gesellschaft und der Gesellschaft der Staaten charakterisiert, zu diesen Aufgaben und Problemen der Technik gestellt, die er als die Kunst des Gleichgewichtes zwischen menschlicher Gesellschaft und den ihre Struktur ständig wechselnden Kräften und Stoffen bezeichnet? Sie hat sich im großen und ganzen gleichgültig, wenn nicht ablehnend dazu gestellt, während z.B. Amerika, nicht zuletzt unter dem Einflusse Hoovers, der von Hause aus selbst Ingenieur ist, auf Grund sorgfältiger Untersuchungen und dementsprechender Umstellung, heute einer hohen wirtschaftlichen Blüte sich erfreut, die z.T. sicherlich ihren Grund in der raschen und vorurteillosen Anwendung der technischen Errungenschaften findet.

Redner ging dann auf den Unterschied zwischen Technik und Industrie ein, die oft gleichgesetzt werden und doch von ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen. Die zweite ist nur die kaufmännische Auswertung der ersteren, die ihre Arbeit und Forschung in erster Linie auf naturgesetzliche, nicht privatwirtschaftliche Gesichtspunkte abstellt und daher auch stets sich selbst korrigiert, wenn sie gegen naturgesetzliche Forderungen verstößt. Darin liegt auch der ethische und erzieherische Wert der Technik, und deshalb müßten in unseren modernen Schulen die Errungenschaften der Naturwissenschaften mit den humanistischen Idealen vom Guten, Wahren und Schönen zu einer Einheit verschmolzen werden. Auch in der Politik dürfe die Technik nicht nur als eine Dienerin betrachtet werden, sondern technische und politische Gegebenheiten müßten als Einheit betrachtet und gemeistert werden. Eine solche Entwicklung werde nicht nur den Technikern zugute kommen, sondern sei für das Gesamtwohl eine Notwendigkeit. Der R.D.T. wolle zu einer solchen Entwicklung die Hand bieten, die hoffentlich von den Politikern ergriffen werde. —

Herr Direktor Hellmich vom V.D.I. sprach dann über das Thema „Verwaltungsreform und Ingenieur“. Er ging aus von der groß angelegten Selbstverwaltungsidee Steins, der schon klar erkannte, daß Verwaltung, Technik und Wirtschaft untrennbare Begriffe seien, und verglich damit unsere heutige Verwaltung mit ihrer Mißachtung technischer Arbeit und ihrer Überschätzung der formellen Verwaltungstätigkeit, von welcher letzterer man außerdem den Techniker noch ängstlich fernhalte. Nicht im Abbau von Beamten bestehe eine Verwaltungsreform, sondern in einer technisch beeinflussten rationalen Einstellung, in der Beseitigung der überflüssigen Instanzen, in dem Ersatz aufgeblähter, arbeitsunfähiger Verwaltungsgebilde durch einfache unter Zuweisung eines vollen Maßes von Verantwortung für jeden Einzelnen. In der freien Wirtschaft hat der Ingenieur sich glänzend als Führer zu höchster Wirtschaftlichkeit bewährt, es sei an der Zeit, daß sein Wissen und Können auch vom Staate besser ausgenutzt werde. —

Als interessante Illustration zu diesen Ausführungen zeigte Reg.- und Baurat Marcinowski noch an Lichtbildern die Organisation einiger wichtiger Behörden, in denen der Techniker zwar der Zahl nach bei

weitem überwiegt, sein Wirkungskreis aber nach allen Richtungen eingeschränkt, die Verantwortung selbst in technischen Fragen oft dem Verwaltungsdezernenten auferlegt wird. —

Eine offizielle Aussprache folgte auf die Vorträge nicht, wohl aber ein engerer Gedankenaustausch bei dem nachherigen Zusammensein an kleinen Tischen, der die wohl 200 Personen starke Versammlung noch lange zusammenhielt. —

Parlamentarischer Abend der Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe. Schon vorher, am 19. Januar d. J., und ebenfalls im Ingenieurhaus hatte eine ebenfalls stark besuchte Versammlung stattgefunden. Wir nennen sie erst an zweiter Stelle, weil hier die Techniker nur einen besonderen Teil bilden neben den Ärzten, bildenden Künstlern, Schriftstellern und Musikern, außerdem, weil hier auch das Thema enger gestellt war: auf die Frage der Stellung der freien geistigen Berufe im Reichswirtschaftsrat. Allerdings war den Vertretern der Technik eine führende Stellung insofern zuerkannt, als den Vorsitz der Versammlung Arch. B. D. A. Kröger, Hannover, führte und der einzige Vortrag des Abends mit dem Thema „Der verfehlte Aufbau des endgültigen Reichswirtschaftsrates“ von dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Civil-Ingenieure, Karl Hartung, Berlin, gehalten wurde, beide Mitglieder des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. (In diesen waren seinerzeit 3 technische Mitglieder auf Vorschlag des R. D. T. entsandt.)

Der Vorsitzende gab nach Begrüßung der Gäste zunächst einen Überblick über die Entstehung des z. Zt. zur Erörterung stehenden Gesetzentwurfes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der diesem am 19. Nov. 1926 bereits zugeleitet worden ist, dort aber nur in einem Unterausschuß des Verfassungsausschusses unter Ausschluß der übrigen Mitglieder beraten worden ist, so daß Redner sich des Eindrucks nicht erwehren kann, als wenn man allen Einsprüchen von vornherein die Spitze hätte abbrechen wollen. Der Entwurf soll nunmehr dem Reichsrat und Reichstag zur Beschlussfassung gehen. Er setzt die Mitgliederzahl des Reichswirtschaftsrates — der eine beratende Behörde berufsständiger Zusammensetzung ist — von 526 auf 151 herab. Während die freien geistigen Berufe im Vorläufigen R. W. R. 11 Sitze hatten, sollten ihnen jetzt nur 5 zugestanden werden, so daß das Verhältnis von 3,4 auf 2 v. H. herabgedrückt ist. Allerdings ist von der Regierung erklärt worden, daß in der Zahl der von ihr zu ernennenden Mitglieder, die bisher 7,4 v. H. ausmachten und auf 16 v. H. gesteigert werden soll, zweifellos auch noch Angehörige der freien Berufe sein würden. Darauf legen die freien Berufe aber keinen Wert, sondern sie wollen ihre Vertreter selbst bestimmen. Nach dieser Richtung werden sie jedoch auch in eine Ausnahmestellung gedrängt, als ihnen nur das Recht zugestanden ist, je 5 Vertreter der 16 Organisationen der freien Berufe, denen ein Vorschlagsrecht im Gesetzentwurf eingeräumt ist, also i. G. 48 Vertreter zu bezeichnen, aus denen die Reichsregierung dann selbst die 5 Vertreter auswählt, angeblich, weil nicht anzunehmen sei, daß die 16 verschiedenartigen Organisationen sich unter sich einigen würden.

Damit werde den freien geistigen Berufen aber jeder Einfluß entzogen, es dürfe aber nicht dazu kommen, daß im Deutschen Reich die Einen mit ihrem Kapital, die Anderen durch ihre Masse die Herrschaft allein in Händen hätten. Deshalb lehnten die freien geistigen Berufe diesen Gesetzentwurf mit Entschiedenheit ab, forderten Gleichberechtigung und richteten an den volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages die

dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß die freien geistigen Berufe ihrer Bedeutung entsprechend vertreten seien.

In einem klaren Vortrage entwickelte dann Civ.-Ing. C. Hartung, Berlin, im einzelnen die Gründe für den verfehlten Aufbau des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Nachdem man den ursprünglichen Gedanken, den Reichswirtschaftsrat zu einem in wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit beschließenden zweiten Parlament auszubauen, zurückgestellt und dem Reichswirtschaftsrat nur die Aufgabe einer beratenden Kammer zugewiesen habe, müsse jener auf alle Fälle eine Zusammensetzung erhalten, die ein wirkliches Spiegelbild unserer Wirtschaft darstelle und in der alle Kräfte nicht nur nach ihrer wirtschaftlichen, sondern auch nach ihrer fachlichen und berufsständigen Bedeutung tatsächlich vertreten sei. Es sei zwecklos, eine Kammer zu schaffen, die gewissermaßen einen verkleinerten Reichstag darstelle, in der dieselben Kreise, die schon zu allen Regierungsmaßnahmen ihr Wort erheben könnten, entscheidend und führend vertreten seien, während die unbefangenen den Fragen gegenüberstehenden Sachverständigen ohne Einfluß bleiben. Die Zahl der Mitglieder sei so klein gewählt, daß es für die in der Praxis stehenden Wirtschaftler ganz unmöglich sei, den wichtigsten Ausschüssen anzugehören. Berufsparlamentarier, nicht mehr im praktischen Leben stehende Personen, würden daher den Ausschlag geben. Die Regierung hat wohl auch aus diesem Grunde die neue Einrichtung der nicht ständigen Mitglieder vorgesehen. Diese würden aber nicht mehr zu bedeuten haben als die jetzt von Fall zu Fall zugezogenen Sachverständigen. Die Gründe, die man für eine Verkleinerung des Reichswirtschaftsrates gehört habe: Arbeitsunfähigkeit eines zu großen Gremiums, Kostenfrage, Abnügung des Reichstages usw., seien nicht stichhaltig; ein Reichswirtschaftsrat in der geplanten Zusammensetzung, der seine Aufgabe fachkundiger und schneller Beratung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht erfüllen könne, sei allerdings neben dem Reichstag überflüssig und jede Aufwendung für ihn zuviel.

Zum Schlusse ging Redner dann noch auf die mangelhafte Berücksichtigung kultureller Werte, die besondere und ungerechte Behandlung der freien geistigen Berufe ein. Wenn man die Vielgestaltigkeit dieser Berufe betrachte, so sei es eine Ungeheuerlichkeit, daß man ihnen nur 3 Sitze bewilligen wolle, wenn man z. B. den Banken volle 5 Sitze zugestanden habe und den Vertretern des Verkehrs 6. Es solle durchaus anerkannt werden, daß diese Zahlen der Bedeutung der betreffenden Berufe entsprechen. Den vielseitig gestalteten freien geistigen Berufen, von denen jeder seine besondere Bedeutung habe, müsse man dann aber statt der 5 Sitze deren 7 zugestehen und dann diesen Berufen die Benennung ihrer Vertreter selbst überlassen. —

An den Vortrag schloß sich noch eine angeregte Aussprache, in der zunächst Herr Cohen-Reuss, der seinerzeit eigentlich der Hauptvertreter des Gedankens eines zweiten, auf wirtschaftlicher Grundlage beruhenden, berufsständigen Parlaments gewesen ist, die Ausführungen, namentlich des Vortragenden, zu entkräften suchte. Ihnen entgegen trat zunächst in sehr geschickter Weise Herr Kahn-Speyer von der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer, und in einem Schlußwort, in dem er die leitenden Gesichtspunkte seiner Ausführungen durchaus aufrechterhielt und noch einmal unterstrich, der Vortragende. —

In zwangloser Aussprache wurde dann an kleinen Tischen das Thema noch lange erörtert. — Fr. E. —

GÖTTERDÄMMERUNG

In einer der letzten Nummern der „Deutschen Bauzeitung“ knüpfte ich einige Betrachtungen über die Bodenreform an einen Vortrag an, den Herr Prof. Kafner im Berliner Architekten- und Ingenieur-Verein gehalten hatte. Es ist interessant, zu beobachten, daß selbst im Lager der Bodenreformer heute in demselben Sinne, wie ich es mehrfach tat, heftigste Kritik geübt wird an den neuen Zielen der Bodenreform, die von

Herrn D. Dr. Damaschke als Leiter der Bodenreform aufgestellt worden sind, und die, wie ich bereits oft betonte, mit dem ursprünglichen Sinne der Bodenreform wenig mehr zu tun haben.

Der eigentliche Gründer der Bodenreformbewegung und langjährige Vorsitzende des Bundes, der die Leitung des Bundes im Jahre 1889 an Herrn D. Dr. Damaschke abgegeben hat, Herr Fabrikbesitzer Dr.

Heinrich Freese, Berlin, gibt ein Flugblatt heraus, in dem er an Herrn D. Dr. Damaschke scharfe Kritik übt. In diesem Flugblatt sagt er Folgendes:

Auszug aus „Nationale Bodenreform“.

Der Führer der deutschen Bodenreformer, D. Dr. Adolf Damaschke, hat in der Zeitschrift „Bodenreform“ Nr. 50 vom 11. Dezember 1927 zu den Ansichten Stellung genommen, die ich in meinem Buch „Nationale Bodenreform“ ausgesprochen habe. Er hat gefunden, daß es einen Stich ins Komische habe, wenn man den Versuch mache, meine Ansichten gegen den Bund auszuspielen.

Im Oktober 1918 ist mein Buch „Die Bodenreform, ihre Vergangenheit und Zukunft“ erschienen. Ich habe darin versucht, eine Geschichte der Anfänge der Bewegung zu geben. Die zweite, erweiterte Auflage, in der die Geschichte bis auf die neueste Zeit fortgeführt worden ist, liegt jetzt unter dem Titel „Nationale Bodenreform“ vor. In der neuen Auflage sind die Ziele der Bewegung und ihre theoretischen Grundlagen ausführlich erörtert worden. Das Werk ist von meinem Verleger im Herbst 1926 in zehn Nummern der Bundeszeitschrift angezeigt und in den Zeitungen zum Teil sehr ausführlich besprochen worden. Die Bundeszeitschrift, die sonst für alles Raum hat, was die Bewegung betrifft, hat keine Notiz davon genommen, Damaschke ist auch jetzt nicht auf den Inhalt eingegangen und hat es sogar vermieden, den Titel zu nennen.

Ich habe in meinem Buch mit meinem Lob und meiner Anerkennung nicht gegeizt. Ich habe es aber getadelt, daß häufig Reden gehalten worden sind, denen keine Taten gefolgt sind, auch wenn die Gelegenheit dafür ungewöhnlich günstig gewesen ist. In meiner Darstellung der Geschichte der Bewegung und ihrer Erfolge durften Fehler und Versäumnisse, die zum Teil schwerwiegender Art gewesen sind, nicht mit Stillschweigen übergangen werden.

In theoretischer Hinsicht ist in meinem Buch vor zu weit gehenden Ansprüchen gewarnt worden. Das hat besonders für den Satz gegolten, den mein Nachfolger zur Grundlage der Bewegung gemacht hat:

„Die Grundrente ist allein ein Produkt der Zusammenarbeit aller. Sie soll für die Gesamtheit zurückerrungen werden.“

Ich habe in meinem Buch auf S. 515 bis 528 nachgewiesen, daß dieser Satz falsch ist: Die Grundrente beruht nicht immer auf Leistungen der Gesamtheit, und diese hat nicht immer allein Anspruch darauf. Ich habe gesagt, daß die Bodenreformer diesen Satz nicht

länger aufrecht erhalten dürfen, durch den sie nur ihren Gegnern Wasser auf die Mühle leiten. Ich habe ferner verlangt, daß weniger über Heimstätten geredet und mehr dafür getan werde.

Ich bin sechzehn Jahre Kassenführer eines der größten Berliner Bauvereine gewesen. Ich bin auch heute noch Mitglied des Vereins und habe mich nicht auf Worte beschränkt. Damaschke hat dagegen seinen Posten im Aufsichtsrat des Vereins nach kurzer Zeit aufgegeben.

Schließlich habe ich in meinem Buch verlangt, daß die Bodenreform national betrieben werden soll. Die Bodenreformer sollen nicht auf einen Frieden hoffen, den es auf Erden niemals geben wird, weder zwischen den Völkern, die um ihren Boden kämpfen, noch zwischen den sozialen Klassen. Damaschke glaubt an diesen Frieden.

Wenn Dr. Damaschke nach alledem findet, daß es einen Stich ins Komische hat, wenn man meine Ansichten gegen den Bund ausspielt, so mag er es tun. Er sollte es aber eher komisch finden, wenn jemand, der immer nur über Heimstätten geredet hat, es zuläßt, daß hundert Straßen nach ihm benannt werden in Siedlungen, die von anderen errichtet worden sind. Man kann es auch komisch finden, wenn jemand fortwährend nach Reform ruft, die Gelegenheiten sie durchzusetzen aber gewöhnlich versäumt. Nicht zum Lachen ist dagegen, wenn jemand seit drei Jahrzehnten Führer der deutschen Bodenreformer ist und nach seinen Angaben Tausende (!) von Vorträgen über die Bodenreform gehalten hat, jedem Praktiker aber zeigt, daß er von der Sache noch immer nichts versteht. —

Dr. Heinrich Freese

Jeder Kommentar ist überflüssig.

Ernst Runge, Berlin, Reg.-Baumeister a. D.

Nachschrift der Schriftleitung. Auch uns erscheint die Entwicklung, die die Bodenreform unter Führung Damaschkes nach dem Kriege genommen hat, in mancher Beziehung nicht im Interesse eines den Verhältnissen angepaßten Wiederaufbaues unserer Gesamt- und unserer Bauwirtschaft liegend. Wir geben daher vorstehend gern die Ausführungen eines der ältesten Vorkämpfer einer gesunden Bodenreform wieder, eines Mannes, der Zeit seines Lebens nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat für soziale Bestrebungen eingetreten ist. Es sei auch erwähnt, daß er als einer der ersten die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn seines Betriebes eingeführt hat. —

VON DER LEIPZIGER BAUMESSE

Die Leipziger Baumesse vom 4. bis 14. März bezieht wieder auf dem Gelände der Technischen Messe ihre alten Hallen 1—5, nebst Freiflächen. Auch Halle 4 muß ihr zugerechnet werden, selbst Halle 12 ist von ihr z. T. belegt. Die alten Unterkunftsräume für die Baumesse, die dieses Mal in besonders großem Umfang in Erscheinung tritt, sind längst schon zu eng geworden. Entsprechende Erweiterungspläne liegen bereits vor. Zur Förderung der Baumesse wurde in Leipzig eine Baumesse G. m. b. H. gegründet, durch die dieser wichtige Zweig der technischen Messe eine noch straffere Organisation erhalten wird.

Die Beschickung der Messe ergibt folgendes Bild: Halle 1 enthält Baustoffe, Baubedarf und Bauzubehörende (z. B. Ziegel, Klinker, Natur- und Kunststeine, Edelputz, Dichtungs- und Isolierungsmaterial, Bauglas, Dachdeckungsmaterial, Fußböden und Wandbelag, Fenster und Türen usw., Baubeschläge); Beton, Eisen- und Eisenbetonbau, Holzkonstruktionen, die Gesamtausstellung des Bundes Deutscher Marmorbruchbesitzer. In Halle 2 stehen die Baumaschinen und Ziegeleimaschinen, wie auch auf dem Gelände vor und gegenüber den Hallen 1—5. Hier befinden sich auch Bauparweisen. Halle 5 ist für die Herde und Öfen (diese auch in Halle 12), Erzeugnisse der Heizungstechnik und Zubehör und ebenfalls für Baustoffe, Baubedarf und Bauzubehör verschiedener Art bestimmt. In Halle 4 sind Einrichtungen für hygienisches Bauen und Wohnen: Badeöfen, Wäschereimaschinen, Erzeugnisse der Gasverwertungs-Industrie und Kleinarmaturen ausgestellt. Das umfangreiche Gelände vor und

neben Halle 21 und an der Straße des 18. Oktober zeigt Baumaschinen, Straßenbaumaschinen, die besonders gut vertreten sind, Preßluftanlagen, maschinelle Anlagen aus dem Bauwesen und aus der Transport- und Fördertechnik usw., Musterstrecken für Straßenbau und eine moderne Baustelle, ausgestaltet mit den neuesten Einrichtungen im Betriebe. Auf der Baumesse komme, was hervorgehoben sei, nicht nur der Wohnungs- und Straßenbau, sondern auch der Bau sanitärer Anlagen, der Baustofftransporte usw. zur Geltung. —

Wie üblich sind mit der Baumesse eine Reihe besonderer Veranstaltungen verbunden. Zunächst wird eingerichtet eine:

Vorführungsbaustelle für Baumaschinen, d. h. zur Kennzeichnung des Wertes, den die moderne Baumaschine zwecks Förderung rationeller Baumethoden heutzutage einnimmt, wird im Rahmen der Frühjahrsbaumesse eine Baustelle im praktischen Betriebe unmittelbar auf dem Gelände der Technischen Messe eingerichtet werden. Dieser Vorführung liegt der Gedanke eines neuzeitlichen Eisenbeton-Industriebaues zugrunde, wobei die wirtschaftliche Gewinnung und Beförderung des Baugrubenaushubes, sowie die Aufbereitungsanlagen für die Rohstoffe, die Fördereinrichtungen zur Verarbeitung und Einbringung derselben und schließlich die Hilfseinrichtungen, die für jede Baustelle benötigt werden, Berücksichtigung finden werden.

Namhafte Firmen aus dem Gebiete der Bauwirtschaft, wie der Baumaschinen-Industrie haben sich in

den Dienst dieser Vorführung gestellt, die einen der wesentlichsten Anziehungspunkte der Baumesse bilden dürfte. Die Vorführungsbaustelle wird Gelegenheit geben, ganz neuartige Schalbretterreinigungs-Maschinen und automatische Biegemaschinen im Betrieb kennenzulernen, desgl. Bauaufzüge, automatische Zementabnahmevorrichtungen usw. Besonders dürfte die Gegenüberstellung der verschiedenen Fördermöglichkeiten interessieren, wobei als neuartigste Methode die Förderung durch Preßluft in Betracht kommt. —

Im Rahmen der Baumesse finden ferner vom 10. bis 15. März:

Vorträge über Fortschritte im Bauwesen statt, die sich wie folgt gliedern:

I. Firmenvorträge über Straßenbau, Leitung Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Brix und Ministerialrat Dr.-Ing. Speck. Es sprechen Ingenieure der Firmen: Berliner Maschinenbau A.-G., vorm. L. Schwartzkopf, Martin Eichelgrün & Co., Frankfurt a. M., Flottmann A.-G., Herne i. W., J. A. Maffei & Jakob G. m. b. H., Leipzig, Dyckerhoff & Widmann A.-G., Thuria-Straßenbauges., Berlin, G. A. Schütz, Würzen, Rütgerswerke A.-G., Charlottenburg, Dr.-Ing. Herion, Essen, W. & J. Scheid, Limburg, Previt (Trinidad Bitumen) Ltd., London, A. Prée G. m. b. H., Dresden, Trinidad, Deutsche Öl- und Asphalt-A.-G., Dresden, Continentale Bau A.-G., Berlin, „Gestra“ Ges. für Straßenbaubedarf m. b. H., Wien, Stein und Teer, Ges. f. Landstraßenbau m. b. H., Charlottenburg, Fried. Krupp A.-G., Essen.

WOHNUNGSWESEN

Beschlüsse des Preußischen Landtags zum Bau- und Wohnungswesen. Der Preuß. Landtag nahm am 15. Februar folgende Anträge über das Wohnungs- und Siedlungswesen an: Erhöhung der Mittel für die Anlage von Spielplätzen, Plansch- und Schwimmbecken für die Jugend; Einwirkung auf die Kommunalverbände zwecks Verwendung von Hauszinssteuerhypotheken auch für Ledigenheime; Verwendung von Hauszinssteuerhypotheken für diese Zwecke auch aus dem Ausgleichsfonds; Zuteilung von Hauszinssteuerhypotheken an Ledige, um deren Ersparnisse dem Gesamtwohnungsbau zuzuführen; Vergabe von Hauszinssteuerhypotheken für solche Bauvorhaben, die im besonderen dem Bedarf an Kleinwohnungen entsprechen; Einwirkung auf die Reichssteuergesetzgebung in der Richtung, daß während der Dauer der Erhebung der Hauszinssteuer diese nur zur Beseitigung der Wohnungsnot verwandt wird; Aufstellung eines Wohnungsneubauprogramms durch das Staatsministerium für 1928 im gleichen Ausmaß wie 1927; Aufnahme der bereits beschlossenen Auslandsanleihe in Höhe von 80 Millionen Reichsmark; Einwirkung auf die Reichsregierung zwecks Erhöhung des Reichszwischenkredites von 200 auf 700 Mill. RM. und Flüssigmachung von Auslandskrediten für Neubauzwecke; Änderung der Dienstanweisung für Baukontrolleure. Herausgabe von Richtlinien für deren Anstellungsbedingungen und Einrichtung von Kursen für ihre Weiterbildung; Verfügbarmachung eines Betrages bis zu 200 000 M. aus dem staatl. Wohnungsfürsorgefonds zur Förderung der Bestrebungen zur Rationalisierung des Haushalts und der Ausstattung der Kleinwohnungen mit gutem Hausrat; Hergabe von billigen Baugelände durch den Staat zur Erleichterung der gemeinnützigen Bautätigkeit; Einführung von Zusatzerleichterungen in der Form der Bürgschaft oder Ausbietungsgarantie des Landes, der Gemeinde oder anderer öffentlicher Körperschaften zum Zwecke erhöhter erster Hypotheken (bis 60 v. H. des Wertes) aus dem freien Geldmarkt; Einwirkung dahin, daß die Anleihen für Zwecke des Baues von Kleinwohnungen künftig als produktiv anerkannt werden. —

Das Baukreditgesetz 1928. Auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums ist ein Entwurf eines Baukreditgesetzes 1928 dem Reichstag zugeleitet und im Wohnungs- und Haushaltsausschuß erörtert und beschlossen worden. Es hat den Zweck, die Baufinanzierung i. J. 1928 möglichst ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln zu beschleunigen. Es soll in

II. Vorträge aus der Ziegelindustrie veranstaltet vom Reichsverb. der deutschen Ton- und Ziegelindustrie E. V., Sitz Berlin. Es sprechen: 1. Reg.-Baurat Stegemann, Leipzig: „Was bietet die Baumesse für die Ziegelindustrie“. 2. Reg.-Baurat Amos, Dresden: „Ziegelbau und Wärmetechnik“.

III. Hallenbau — Bau sanitärer Anlagen. 1. Stadtbaurat Ritter, Leipzig: „Neuzeitl. Hallenbau in Eisen und Eisenbeton“. 2. Ob.-Baurat Wienicke, Berlin: „Stand der Technik auf dem Gebiet der Grundstücksentwässerungs- und Wasserversorgungsanlagen“.

IV. Vorträge über Wohnungsbau. 1. Minist.-Rat Dr. Schmidt, Reichsarb.-Minist., Berlin: „Rationalisierung und Formgebung“. 2. Stadtratsrat Dr. Heymann, Chemnitz: „Der Weg zum rentablen Wohnungsbau“.

V. Vorträge über die neuzeitliche Baustelle im Zusammenhang mit praktischen Vorführungen auf einer vorbildlich ausgestatteten Baustelle auf dem Gelände der Baumesse, die von den Firmen Kell & Löser A.-G., Wayss & Freytag A.-G., A.-G. für Beton- und Monierbau und Karl Brandt, Leipzig, unter Mitwirkung von Prof. Dr.-Ing. Garbotz, Berlin, eingerichtet wurde. Es sprechen: 1. Prof. Dr.-Ing. Garbotz, Berlin: „Anwendungsmöglichkeiten der Maschinen auf kleineren Baustellen“. 2. Dr.-Ing. Hotz, Karlsruhe: „Wirtschaftliches Bauen durch rationale Betriebsführung“. 3. Prof. Löser, Dresden: „Betongußverfahren für mittelgroße Baustellen und moderne Baukontrolle“.

stärkerem Maße zur Baufinanzierung die Heranziehung des freien Kapitalmarktes angestrebt und dafür gesorgt werden, daß möglichst ohne Reichsmittel im Rahmen der Privatwirtschaft und nach kaufmännischen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Dazu erscheint es dem Arbeitsministerium zweckmäßig, das Kapital der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin, die dem Reich nahesteht, zu erhöhen. Nach dem Gesetzentwurf wird der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau sich an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank mit einem Betrage bis zu 10 Millionen Reichsmark zu beteiligen unter der Voraussetzung, daß das Reich am Gesamtaktienkapital dieser Bank mit mindestens 51 v. H. beteiligt ist. Gleichzeitig werden die beiden Ministerien ermächtigt, für Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau die Bürgschaft für Darlehen dieser Bank bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark zu übernehmen. Diese Zwischenkredite dürfen jedoch nur gegeben werden, wenn die Finanzierung des Bauvorhabens voll gesichert ist. Der Reichsregierung und einem Ausschuß des Reichstages muß halbjährlich über die Verwendung dieser Zwischenkredite berichtet werden. —

Der Reichsarbeitsminister über die Wohnungspolitik. Bei der Etatberatung des Reichsarbeitsministeriums wies der Reichsarbeitsminister auf die Unmöglichkeit hin, ein festes Bauprogramm auf viele Jahre im Voraus aufzustellen, da die Bautätigkeit von der jeweiligen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt abhängt. Da er in der begrenzten inländischen Kapitaldecke keine absolute Grenze der Baumöglichkeit erblicke, halte er eine Heranziehung ausländischen Kapitals zum Wohnungsbau für gerechtfertigt und sehe gerade in der Verwendung ausländischen Geldes für diese Zwecke den Grundsatz produktiver Verwendung besonders erfüllt. Das Reich habe keine Möglichkeit, entscheidenden Einfluß auf die Bautätigkeit zu gewinnen, da die Hauszinssteuer von den Ländern erhoben und vergeben werde. Alle irgendwie erreichbaren Kapitalien müßten durch bestimmte Maßnahmen dem Wohnungsbau zugute kommen. Dabei spiele der Erlaß der Kapitalertragssteuer für Pfandbriefe und Kommunalobligationen, soweit sie in hinreichender Weise für den Kleinwohnungsbau verfügbar gemacht würden, ferner eine Reichsbürgschaft für Zwischenkredite eine besondere Rolle. Weiterhin werde besonderes Augenmerk darauf gelegt, den Unterschied zwischen den Neubaukosten und tragbaren Mieten durch Verbilligung des Bauens zu vermindern. —

Inhalt: Technik und Politik — Götterdämmerung — Von der Leipziger Baumesse — Wohnungswesen —

Verlag Deutsche Bauzeitung G. m. b. H., Berlin — Für d. Redaktion verantw.: Fritz Eiselen, Berlin — Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48

BAL
NR.
9 BERL
14. MA
BAUKON
Von André G.
Das Wol
landet sich s
stie. Der
in allen Zw
nungen, in
1216,2 Mill
von 1506,5
2179 Millio
mit 524 Mill
mark in die
eppeler in St
von der Jahr
Feldstein all
Industrie

Versuchen in St
Industrie (sog
Dauer Versuche

Trotz der gr
Bauwesens best
im Wohnungsw
U. d. S.S.R. ha
biete des Bau
Unternehmen zu
stellung über die
essatz von Aus
U.S.S.R. erlassen
indire ein weites
besonders im Wohn
den Wohnbedarf in
wachen, dürfen die
andern Interesse sei

Zur Erreichung d
genomes Normal
Wohnungsraum = 42
auf der vorhand
bau zu etwa 370 Mill
zu aber als auf
staatsstaatsnorm
in Kopf der
diese Norm noch
amerikan noch ein be
derra kommt noch
bevölkerung, der be
Wohnfläche jährlich
erfordert. Anstatt
tionen Kubikmeter
von Staat, Genos
das Jahr 1928/27

Hinsichtlich d
die Heranziehu
bauzwecken erl
Verordnung de
vier Möglichke
1. Einfach
2. Wohnu
Nutzungsrech
3. Organis
4. Registri
rung von Ver
Ausführung v
Die Arbe
in jeder die